

Kommentar

Merkel sagte in Augsburg, dass es am 18. September auch darum gehe, „den Menschen wieder die Freiheit zu geben, ihren Arbeitsplatz aussuchen zu können“. Diese Chance bekommen die „Menschen“ laut Unionsprogramm zum Beispiel, indem man sie vom Kündigungsschutz befreit oder die befristete Beschäftigung erleichtert. Das klingt nicht sehr attraktiv. Das Kombi-Lohn-Modell der Union klingt schon attraktiver: „Wir wollen, dass die Menschen im ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze haben. Wir wollen daher ein Kombi-Lohn-Modell einführen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Betriebe in die Lage versetzt, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen.“ (aus dem Regierungsprogramm der Union)

Macht die Union noch glaubhaft, sie habe ein Konzept zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und gleichzeitig Abhilfe für die wirtschaftliche Stagnation, dann hat die Union sogar noch Zuspruch für „maßvolle“ und „gerechte“ Einschnitte und dennoch einen Teil der einfachen Leute auf ihrer Seite, weil eine Besserung bzw. Absicherung der Lebenslage einfacher Leute real werden könnte. Die blauen Tafeln mit dem Motto „Aus is, Gerd!“ würden so einen Sinn machen, spielen sie doch auf eine SPD-Politik an, die vergebens mit einem Wirtschaftsaufschwung gepokert hat, ohne selbst viel Greifbares zu bieten.

Die Mindestsicherungen, die die Linkspartei bei Grundsicherung, Rente und Lohn propagiert, sind dem gegenüber richtig und nötig. Und eine Agitation gegen Niedriglohnstrategien ebenso. Aber das Problem der Diskriminierung „einfacher“ Arbeit bleibt im Programm der Linkspartei ebenso ungelöst, wie die nötige Konsolidierung der Staatshaushalte – mit relativ utopischen Steuerforderungen führt man ja keine Lösung herbei. Und die Ratlosigkeit, wie man zu wirtschaftlichem Aufschwung kommt, teilt die Linkspartei scheinbar mit allen anderen Parteien. Dennoch kann der Linkspartei auch von wirtschaftswissenschaftlicher Seite Wohlwollen entgegenschlagen. Wir verweisen in dem Zusammenhang auf ein interessantes Interview der Berliner Zeitung mit Gustav A. Horn, früher Leiter der Konjunktur-Abteilung beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), jetzt wissenschaftlicher Direktor beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), das Teil der gewerkschaftsnahen Böckler-Stiftung ist:

Dreh- und Angelpunkt des Linkspartei-Programms ist die Binnennachfrage. Mehr Nachfrage bringt mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze, mehr Steuereinnahmen. Ist es so simpel?

Die Linkspartei hat richtig erkannt: Der Schwachpunkt in Deutschland ist die Binnennachfrage. Dagegen muss man etwas tun, auch durch erhöhte Staatsausgaben. Ich wäre nur noch überzeugter von dem Programm, wenn man gleichzeitig ein Konsolidierungsprogramm für den Staatshaushalt mitgeliefert hätte – also einen Plan, wie die Schulden in Zukunft auch wieder zu begrenzen sind. ...

Die Linkspartei tritt vehement für stärkere Lohnsteigerungen zur Erhöhung der Binnennachfrage ein.

Zurecht. Die Nettolöhne sind schon seit Jahren nicht mehr gestiegen. Das hat zwar die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stark erhöht, doch fehlt Einkommen im Inland. Aber man kann sich nicht über die hohe Wettbewerbsfähigkeit freuen und gleichzeitig den schwachen inländischen Konsum betrauern.¹

1 „Vieles ist nur symbolische Politik“ Konjunkturforscher Horn über das Programm der Linkspartei, illusionäre Steuereinnahmen und einen Mindestlohn von 1 400 Euro, 6. August 2005 <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/konjunkturforscher-horn-ueber-das-programm-der-linkspartei--illusionaere-steuereinnahmen-und-einen-mindestlohn-von-1-400-euro--vieles-ist-nur-symbolische-politik-,10810590,10308158.html>

Unter der Überschrift „Immer mehr von Neuem“ versucht Gustav A. Horn einen sinnvollen und realistischen Wachstumsbegriff zu entwerfen, so knapp und griffig, dass er fast wahlkampf-tauglich wäre.²

Die Kritik an einer auf Wachstum orientierten Volkswirtschaft basiert zudem häufig auf einem naiven Wachstumsbegriff. Wachstum wird dabei verstanden als immer mehr vom Gleichen. Das wäre in der Tat fatal. Man stelle sich dies nur im Fall von Autos vor, wenn viele Familien nach dem Zweit- nun auch den Dritt- oder Viertwagen anstreben würden. Die Konsequenzen für den Ressourcenverbrauch wären nicht tragbar. Ein sinnvollerer und realistischerer Wachstumsbegriff lautet: immer mehr von Neuem. Blickt man rund 15 Jahre zurück und schaut, für welche Produkte man seinerzeit Geld ausgegeben hat, und vergleicht dies mit heute, wird man gravierende Unterschiede feststellen. Weder waren damals für private Haushalte IT-Dienstleistungen über den Heimcomputer selbstverständlich, noch waren viele der heute gängigen Telekommunikationsprodukte verfügbar. Das zeigt, in welchem starkem Ausmaß die Menschen bereit sind, angesichts technologischer Veränderungen auch ihre Bedürfnisse und damit ihr Konsumverhalten ändern. Diese Möglichkeiten würden bei Stagnation begrenzt.

All dies bedeutet nicht, dass jede Form von Wachstum erwünscht sein muss. Es ist sehr wohl möglich, dass eine Gesellschaft Präferenzen über die Art des Wachstumspfad es zur Geltung bringt. Wenn man ein Ressourcen schonendes Wachstum anstrebt, kann dies durch entsprechende wirtschaftspolitische Anreize, wie etwa die Ökosteuer, erreicht werden. Es geht also nicht um eine Politik des Vogel friss oder stirb. Es besteht durchaus wirtschaftspolitischer Gestaltungsspielraum. Dies wäre denn auch ein schlüssiges Konzept für eine moderne Wirtschaftspolitik: Auf der einen Seite sollte alles getan werden, um das Wachstum zu fördern, damit Arbeitsplatzverluste und harte Verteilungskämpfe vermieden werden.

Auf der anderen Seite sollte die Wachstumsdynamik durch entsprechende wirtschaftspolitische Anreize kanalisiert werden, um den Präferenzen der Gesellschaft zu entsprechen.³

Dass es auch für die Linkspartei nicht so einfach ist, sich mit der Union anzulegen, macht auch das Folgende klar. Merkel warnte bei der Kundgebung in Augsburg davor, in den weltweiten Wettbewerb um die billigsten Arbeitsplätze einzusteigen: „Den können wir nicht gewinnen“, sagte sie. – Also, eine reine Niedriglohnstrategie scheint sie nicht zu fahren... Andererseits heißt Kombilohn eben, dass der Lohn, den der Unternehmer zahlt, nicht reicht. Und neuere Studien zeigen, dass erstens bei gleichzeitig wachsender Arbeitslosigkeit der Anteil der Geringverdiener in der BR Deutschland seit Jahren zunimmt – 2001 bereits bei 17,4% – und zweitens in keinem anderen EU-Land die Chance, aus dem Niedriglohnbereich herauszukommen, geringer ist als in der BRD. Gustav A. Horn stellt fest: „Bei den Lohnkosten liegt Deutschland im Euroraum an vierter Stelle hinter Belgien, Frankreich und den Niederlanden. Der Abstand zu dieser Spitzengruppe dürfte 2004 noch gewachsen sein. Die strikte Lohnzurückhaltung in Deutschland birgt mittlerweile Gefahren für die Konjunktur im gesamten Euroraum.“

Inzwischen hat Merkel sich ja einen Mann namens Kirchhof angelacht, der den Bürger mit einer Steuerreform – noch weit radikaler als die von Merz angestrebte – „in den Garten der Freiheit führen“ will. Kirchhof nennt den Einwand „absurd“, sein Steuermodell sei sozial ungerecht und führe zu einer Umverteilung von unten nach oben: „Alle Einkommen bis 50.000 Euro im Jahr stellen sich durch mein Modell besser. Diese Menschen gewinnen durch niedrigere Sätze mehr als sie durch den Wegfall der Subventionen verlieren.“ Dagegen kommt

2 Eine ausführliche und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Wachstum versuchte die Zeitschrift Sozialismus schon vor zwei Jahren: „Die Linke und das Wirtschaftswachstum. Versuch einer Positionsbestimmung, Jürgen Leibiger, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2003, VSA Verlag“, 2003. [Online]. Available: <http://www.praxisphilosophie.de/leibiwachstum.pdf> [Accessed: 28-März-2013].

3 IMK. Juni 2005

der Bund der Steuerzahler in einer Modellrechnung zu anderen Ergebnissen: erstens werden untere Einkommen bis 20 000 Euro (ledige Arbeitnehmer) bzw. bis 40 000 Euro (verheiratete Alleinverdiener-Ehepaare) demnach durch Kirchhof sogar belastet und zweitens würden die Entlastungen in den Bereichen zwischen 40 000 und 60 000 Euro weit niedriger ausfallen als in allen darüber liegenden Einkommensbereichen. Faktisch ist die Union dabei, die Gerechtigkeitskomponente im Steuerrecht, die Progression, abzuschaffen und mit 25% einen brutal niedrigen Spitzensteuersatz anzuvisieren. Die Flat Tax schafft umgekehrt eine progressive Steuerentlastung je höher die Einkommenszone ist. Wie kann man viele dafür gewinnen? Das Perverse ist, je radikaler die Senkung des Spitzensteuersatzes ausfällt, umso mehr Einkommensbereiche werden – wenn auch degressiv – von der Entlastung erfasst. Wie können die Milliarden an Steuerausfällen finanziert werden? Kirchhof behauptet, wenn die Steuerreform greife, gehe das Null auf Null auf. Das glaubt eigentlich niemand. Das Kalkül bei der Union dürfte sein, dass sich so die Privatisierung der Sozialversicherungen mittelfristig durchsetzen ließen. Steuerentlastungen zwischen 4 000 und 11 000 Euro jährlich bei Ledigeneinkommen zwischen 60 000 und 100 000 Euro stünden für die private Vorsorge zur Verfügung, bei verheirateten Alleinverdienern ergäben sich lt. Steuerzahlerbund in diesem Einkommensbereich immer noch Entlastungen zwischen 1000 und 5000 Euro.

Zu unserem Entsetzen berichtet die Augsburgener Allgemeine noch Folgendes von der Kundgebung: *Angela Merkel macht deutlich, dass es am Wahltag um die Frage gehen werde, „wie wir gemeinsam in unserem Lande leben wollen“. Sie stützt sich auf Vorbilder wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Gründerväter der Bundesrepublik und frühere CDU-Bundeskanzler. „Ich möchte, dass unsere Gesellschaft so bleibt, wie sie am Anfang gegründet wurde“, sagt sie. Und so besteht sie nicht nur darauf, dass ausländische Kinder, wenn sie in die Schule kommen, ihre Lehrer verstehen können müssen. Sie sagt auch unter dem großen Beifall fast aller der rund 5000 Zuhörer, dass derjenige, der wie die Hassprediger gegen das Grundgesetz rede, „kein Recht hat, hier zu leben, und ausgewiesen werden muss“.*

„Unsere Gesellschaft“ soll also so bleiben, wie sie „am Anfang“ gegründet wurde. Der „Anfang“ direkt nach der Entnazifizierung ist wohl nicht gemeint. Eher die unselige Zeit nach dem Scheitern der Entnazifizierung, als Revanchisten und Kalte Krieger, Militaristen und sogar Nazis die politische Bühne beherrschten. Interessant, dass Merkel den folgenden ausländischerfeindlichen Teil verknüpft mit der Adenauer-Ära: *„Ich möchte, dass unsere Gesellschaft so bleibt, wie sie am Anfang gegründet wurde“, sagt sie. Und so besteht sie nicht nur darauf, dass ausländische Kinder, wenn sie in die Schule kommen, ihre Lehrer verstehen können müssen...“*

Für die Bemühungen der rot-grünen Stadtregierung in Augsburg sind solche Äußerungen Merkels kontraproduktiv. In der gleichen Ausgabe der Augsburgener Allgemeinen findet sich folgender Bericht:

„Kommt mein Kind nicht in die Schule, weil es nicht ausreichend Deutsch kann?“ In den vergangenen Monaten hat Sozialreferent Dr. Konrad Hummel diese Sorge ausländischer Eltern verstärkt wahrgenommen. Die Stadt will nun mit einem „Augsburger Konzept“ zur mehrsprachigen Erziehung von Kindern nach vorne preschen. Ein Konzept, das auf das bereits in Oberhausen erprobte Modell „Stadtteilmütter“ zurückgreift.

Von einer veränderten Sichtweise, wenn es um den Spracherwerb geht, berichtet Kindergartenfachberaterin Gabriele Kühn. So habe es viele Jahre in ausländischen Familien geheißt: „Lasst uns Deutsch sprechen!“ Viele Jugendliche hätten dadurch ihre Herkunftssprache vernachlässigt, mit der Folge, dass sie „zwei Halbsprachen“ hatten. Kühn: „Wir haben diesen Kindern ein Stück Sprachlosigkeit gebracht und so zu ihrer Verstumung beigetragen.“

Den Spracherwerb aber könne man nicht abkoppeln von der „Herzenssprache“, betonte Hummel. Und davon geht auch das Projekt „Stadtteilmütter“ aus, das bereits an drei Kindergärten in Oberhausen praktiziert wird und ab Herbst auch an drei Einrichtungen im Univiertel starten soll. Hamdiy Cakmak, als interkulturelle Botschafterin für die türkische Bevölkerung sprechend, koordiniert das Oberhauser Projekt. [...]

Für Konrad Hummel hängt der Spracherwerb eng mit der Wertschätzung des Kindes zusammen: „Es ist unwürdig, ein Kind an einem kleinen Segment, der deutschen Sprache, zu messen.“ Natallia Jordan, die als interkulturelle Botschafterin für ihre russischen Landsleute eintritt, kann dies nur bestätigen. „Wir Eltern“, meint sie, „haben doch etwas gelernt. Wir haben Literatur gelesen. Wir haben Gefühle.“ Und diese müssten Eltern mit ihren Kindern austauschen können. Daraus entwickle sich ein reicher Wortschatz. „Lieber die Muttersprache sprechen als zu schweigen“, lautet ihr Plädoyer.⁴

Merkel ging aber noch weiter: *Sie sagt auch unter dem großen Beifall fast aller der rund 5000 Zuhörer, dass derjenige, der wie die Hassprediger gegen das Grundgesetz rede, „kein Recht hat, hier zu leben, und ausgewiesen werden muss“.* Wenn man genau hinhört, handelt es sich nicht nur um die scharfe und hasserfüllte Kampagne der Union gegen Muslime. Die Aussage richtet sich gegen alle, die „wie die Hassprediger“ angeblich gegen das Grundgesetz reden. Sie hätten „kein Recht“, „hier zu leben“! Wenn Merkel von „unserer Gesellschaft“ spricht, so sollen da bestimmte nicht dazu gehören und völlig entrechtet werden. Ein „Hassprediger“ gegen das bürgerliche System z.B. hat dann – nach entsprechender Denunziation und Brandmarkung als „Hass“prediger – kein Lebensrecht mehr. Die Union bereitet ein System mit scharfer kultureller Ausgrenzung und knallharter rassistischer und politischer Verfolgung vor.

Peter Feininger